

Diese Zeitung erscheint jede Woche Sonnabends.

Preis pro Quartal durch die Post bezogen 1.40 eingetragene in die Postzeitungsliste Nr. 6432.

Anzeigenpreis: Arbeitsvermittlungs- und Stellen-Anzeigen die 3 gespaltene Kolonnen-Zeile 50. Geschäftsanzeigen werden nicht angenommen.

Der Proletarier

Organ des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands

Verlag von H. Drey.

Druck von G. K. S. Meißner & Co., beide in Hannover.

Verantwortlicher Redakteur: Sebastian Prall, Hannover.

Redaktionschluss: Sonnabend mittag 12 Uhr.

Redaktion und Expedition:

Hannover, Nikolaitrasse 7, 2. St. — Fernsprech-Anschluß 3002.

Beschneidung der Riesengewinne.

Fürs Vaterland sind Millionen junger, lebensfroher Männer gestorben, sowohl bei uns wie bei den Gegnern. Fürs Vaterland haben sie gedacht bis zum Verhungern, die vielen Frauen, Kinder und Mütter. Angefichts der noch blutenden Wunden am deutschen Volkstörper durfte man wohl erwarten, daß die Aktionäre und Unternehmer der deutschen Industrie nicht die unerfüllte Gellüstigkeit so offen und abstoßend zur Schau tragen würden, wie sie es leider in zahlreichen Fällen getan haben. Direkt im Anschluß an das Kriegsende zeigen sie ohne Scheu, welche glänzende Gewinne ihnen Tod und Verderben vieler, vieler Landesfinder gebracht haben. Dieses abstoßende Bild zeigt mit aller Deutlichkeit, daß die Moral fast nur noch ein Wort ohne Begriffe zu sein scheint. Zu dieser Anschauung muß man kommen, wenn man sieht, welche unheimlich hohe Dividenden und Extradividenden für das letzte Kriegsjahr zur Ausschüttung kommen. Die „Frankfurter Zeitung“ beschäftigte sich vor einiger Zeit gleichfalls mit dieser Erscheinung und schrieb damals:

„Entweder war das letzte Jahr extrareicher und die früheren Bilanzen noch gesättigter, als bisher zugegeben wurde, oder aber die Verwaltungen wollen Aktionären und sich selbst noch einmal einen Vorteil machen, bevor der Steuerfiskus von oben und die Arbeiter von unten dem Gesellschaftsvermögen schärfer zugeht haben, oder bevor irgendeine Form der „planmäßigen Sozialisierung“ greifbar geworden ist! Die Beschleunigungen, die man neuer den Abschüssen vielfach zuteil werden läßt, deuten stark auf die zweite Erklärung hin. Nicht selten sind es auch die Aktionäre selbst, die angeblich auf eigene Faust nachträglich in der Generalversammlung die Verbesserung der Dividende verlangen und erfüllt bekommen.“

Alle hier angeführten Gründe dürften bei Bemessung der Dividenden in sehr vielen Fällen zusammengewirkt haben. Es handelt sich auch nicht etwa um einzelne Unternehmungen, die horrenden Summen zur Verteilung brachten, sondern ihre Zahl ist sehr groß, so daß man beinahe von einer Massenerscheinung sprechen kann.

Die Ausschüttung ungeheurer Gewinne ist im Wesen nichts anderes als eine Vergeudung von Arbeitskraft. Einzelne Wenige haben die Möglichkeit, die in Geld umgeformte Arbeitskraft mit vollen Händen zu verausgaben, während andre darben. Was der einzelne im Ueberfluß verschleudert, ist zunächst für die Gesamtheit ohne Nutzen. Die Interessen der Gesamtheit sollen aber über dem Privatinteresse stehen, insbesondere in so schwerer Zeit, wie die gegenwärtige es ist. Dieser Auffassung ist auch der bekannte Großindustrielle Walter Rathenau, der Aufsichtsratsvorsitzende der Allgemeinen Elektrizitätsgesellschaft. Er sagt:

„Wirtschaftlich betrachtet, ist die Welt, in höherem Maße die Nationen, eine Vereinigung Schaffender; wer Arbeit, Arbeitszeit oder Arbeitsmittel vergeudet, beraubt die Gemeinschaft. Verbrauch ist nicht Privatfache, sondern Sache der Gemeinschaft, Sache des Staats, der Gerechtigkeit und Menschheit.“

Aus der Fülle der Unternehmungen, die nach unserer Auffassung gegen diese Grundsätze gehandelt haben, heben wir einige hervor:

Firma	Dividende in %	Bonus in %	zusammen in %
Abest- und Gummiwerke Salomon, Hamburg	12	8	20
Saugerhüter Maschinenfabrik	10	10	20
Chemische Fabrik Wilm in Posen	12	9	21
Gummiabfabrik Metzger, München	4	21	25
Bau- u. G. Geld u. Franke, Berlin	15	12	27
Hannoversche Aktien-Gesellschaft	25	5	30
Gummiwarenfabrik Garburg-Wien	20	15	35
Schrauben- u. G. Finsterwalde	25	45	70
Berein chemischer Fabriken, Rannheim	12	5	17
Chemische Werke Ludwigshafen u. Co., Berlin	15	10	25
Wahlström, A. G. Berlin	15	10	25
Kommerzieller Industrieverein, Siedlitz	10	25	35
A. G. f. dem. Produkte, Scheidemann	15	15	30
Hamburg-Moaner Centralbahn	7 1/2	35	42 1/2
Metallgesellschaften u. Co. Reichelt	25	50	75
Eisenhüttenwerke a. Harz	26	14	40
August Loß Edigne	20	20	40
Metallwarenfabrik Bär u. Stein	30	10	40

Die Liste könnte beliebig fortgesetzt werden. Diese Tatsache zeigt allerdings nicht dafür, daß viele unserer Aktienunternehmungen von dem Gedanken befeelt wären, in erster Linie den Wirtschaftsapparat wieder in Gang zu bringen. So bemerkt auch die „Frankfurter Zeitung“:

„In den „eisernen“ Kriegsjahren ist zwar manche Herausforderung ergangen, die schlimmer war wie diese, und nachdem überall jetzt das Echo laut wird, läßt sich die Stimmung in den Kreisen des Kapitals wohl begreifen. Aber höher als der Selbstbesitz mußte den Beteiligten doch die Zukunft des Unternehmens selbst stehen und, wo sie trotz der Geldentwertung gesichert ist, noch immer diejenige des Staatsganzen. Wie soll dieses finanziell wiederersehen, wenn man die Steuerobjekte zersplittert und wenn jedermann an die Spitze seines Handelns den Leitzahl stellt: „Nette dein Geld.“ Vom Fabrikherrn und Aktionär darf man so viel Einsicht beanspruchen, ganz besonders, wenn er während der Vorkriegszeit schlecht gefahren ist.“

Nach uns die Einfut denken wohl die Herren Aktionäre. Man kann es noch verstehen, wenn Direktoren, Techniker und dergleichen hohe Beträge vom Jahresgewinn erhalten. Der Entschädigung stehen unter Umständen hervorragende wichtige Leistungen gegenüber. Aber es ist ein unerträglicher Zustand in heutiger Zeit, zu wissen, daß Aktienbesitzer alljährlich unermeßliche Summen einstecken, ohne das geringste dafür zu leisten. Ihr Bezugsrecht müßte mindestens ganz gehörig beschnitten werden. Ähnlich verhält es sich mit den Aufsichtsräten. Sie können ohne besondere Schwierigkeit durch staatliche Revisoren ersetzt werden. Freilich werden uns auf diesem Wege die bürgerlichen Parteien nur mit Widerstreben folgen. Aber die Not der Zeit läßt Bedenken nicht zu. Wir können uns den Luxus nicht gestatten, untätige, gesunde, kräftige Menschen durchs Leben zu füttern zu Lasten der geistig und körperlich arbeitenden. Drohen soll es nicht geben. Alle müssen anpacken, damit wir aus dem Elend herauskommen, in dem wir heute noch stecken.

Die Ausschüttung riesiger Summen an die Aktienbesitzer wirkt aber auch ungemein aufreizend. Wer sich mit der Volkspychologie in der Nachrevolution befassen will, der vergesse nicht, dieses Moment zu berücksichtigen. Es sei in diesem Zusammenhang auf ein Wortkommis hingewiesen, das sich in Mägeln bei Dösch abgepielt hat und das zu denken gibt. Die Arbeiterschaft der chemischen Fabrik „Bispha“ hatte am 15. April d. J. Lohnforderungen gestellt. Die Arbeiterschaft wußte, daß die Firma seit Jahren 25 Prozent Dividende zur Verteilung gebracht hat, und daß in den Jahren 1916 und 1917 Dividende und Bonus zusammen 50 resp. 100 Prozent betragen. Nun stelle man sich vor, wie es wirken muß, wenn bei den Verhandlungen der Betriebsleiter des Werkes, Herr Dr. Schmidt, den Ausschußmitgliedern erklärt, die Forderungen der Arbeiter seien unterschätzt; der Direktor erklärte zu allem Ueberfluß noch, eine Familie könne mit 50 Mk. wöchentlich auskommen.

Aus all dem vorher Gesagten kommen wir zu dem Schluß, daß in absehbarer Zeit die Gewinnraten durch Gesetz begrenzt, das heißt steuerlich schärfer erfaßt werden müssen, in noch höherem Maße aber die arbeitslosen Mißereinkommen, das heißt Einkommen aus Renten, soweit sie den Durchschnittsbedarf übersteigen. Dieser Gedanke ist nicht neu, hat aber nach den vier Kriegsjahren größere Berechtigung und Zustimmung in den weitesten Volksteilen gefunden.

Auswanderung.

Es kann keinem Zweifel mehr unterliegen, daß Deutschlands Industrie auf lange Zeit hinaus darniederliegen wird, und daß wir einen Ueberfluß an Arbeitern haben, der zur Auswanderung gezwungen sein wird. Fraglich ist, wo der vorwiegend aus Industriearbeitern bestehende Bevölkerungsüberschuß passende Erwerbsgelegenheit und sonst zuzugende Lebensbedingungen finden kann. Die andern Länder Europas sind zumeist vom Krieg selbst unmittelbar schwer geschädigt worden und müssen ihre Wirtschaft erst wieder aufbauen. Die wenigen neutral gebliebenen Staaten haben keinen Bedarf an fremden Arbeitskräften; der größte von ihnen, Spanien, ist wirtschaftlich weit rückständig und voll von politischer Spannung, die einer gedeihlichen Zukunftsentwicklung hinderlich sein muß. Also ist hauptsächlich an Auswanderung nach Uebersee zu denken.

Von den außereuropäischen Erdteilen kommt für die Auswanderung vor allem Amerika in Betracht, das am längsten und intensivsten unter europäischem Einfluß steht. Besonders nach Südamerika blicken viele, die sich mit der Frage der Unterbringung unseres Bevölkerungsüberschusses befassen. Südamerika ist nicht nur in beträchtlichem Umfang bereits europäisiert, sondern es hat auch, soweit es innerhalb der Tropen liegt, ein im allgemeinen dem Europäer mehr zuzugendes Klima als andre heiße Erdstriche. Wilhelm Sievers („Süd- und Mittelamerika“, S. 53) kennzeichnet das südamerikanische Klima als Ganzes dahin, daß es „gemäßigt, mild, ozeanisch, frei von schroffen Extremen“ ist; er meint, dieses Festland sei im allgemeinen „nicht ungesund“, obwohl Malaria, gelbes Fieber, Ruhr und andre Krankheiten in gewissen Teilen verbreitet sind. Die Bevölkerungsdichte ist durchweg gering; sie schwankt zwischen 1,6 Personen in Bolivien und 7 Personen in Uruguay auf den Quadratkilometer. Von der zirkel 45 Millionen betragenden Bevölkerung Südamerikas sind zirkel 15 000 000 Weiße (reißlich gerechnet), 8 000 000 reine Indianer, 3 000 000 Meger, 13 000 000 Mestizen (Mischlinge zwischen Weißen und Indianern), 5 000 000 Mulatten (Mischlinge zwischen Weißen und Negern) und Quarternonen, schließlich 300 000 Halbblut (Mischlinge zwischen Negern und Indianern). Ueber die Hälfte der weißen Bevölkerung Südamerikas entfällt auf Argentinien und Uruguay. Das ist von hoher Bedeutung für die wirtschaftliche Entwicklung dieser Länder, insbesondere Argentiniens, gewesen. Sie wäre nicht erreicht worden, wenn über die Hälfte der Bevölkerung, wie in vielen südamerikanischen Republiken, aus Indianern bestände, zu denen dann noch meist eine breite Schicht von Mestizen tritt; denn die Indianer sind im Durchschnitt der europäischen Wirtschaftsweise abgeneigt, sie sind nicht zu anhaltender Arbeitsleistung zu bewegen. Das war auch die Ursache der massenhaften Einfuhr von Negersklaven, besonders nach Brasilien und nach den Vereinigten Staaten von Nordamerika.

Industriell am besten entwickelt sind bisher das nördliche Argentinien und das südliche Brasilien. Doch gab es selbst in Argentinien im Jahre 1913 erst 35 093 gewerbliche Betriebe mit 383 706 Arbeitern. Reiche Kohlenfelder wurden vorerst noch in keinem Lande Südamerikas entdeckt, was einer der Gründe ist, warum sich die Industrie dort nur langsam ausbreitet. In Argentinien bieten Erdölquellen teilweise Ersatz für Kohle.

Die Tiefländer des nördlichen Südamerika liegen noch außerhalb des Bereichs der europäischen Siedelung. Es mangelt dort auch an Verkehrsverbindungen, namentlich an Eisenbahnen. Der Verkehr wickelt sich fast ausschließlich auf den breiten Strömen ab.

Von den An siedelungsbedingungen: Mittelamerika gibt Karl Sappen im 147. Bande der Schriften des Vereins für Sozialpolitik ein recht unerfreuliches Bild. Er berichtet, daß es dort um die Gesundheit der weißen Ansiedler schlecht bestellt ist und daß sie leicht den Einflüssen des Klimas erliegen, das erschlaffend wirkt, und zwar auch auf die Fortpflanzungsorgane, weshalb europäische Frauen meist kinderlos sind oder nur wenige Kinder haben. Südeuropäer passen sich leichter an als Nord- und Mitteleuropäer. In der Panamalanalzone haben die Amerikaner die Gesundheitsverhältnisse bedeutend verbessert, indem sie sanitäre Maßregeln mit eiserner Strenge durchführten. Ähnliches ist aber nur dann möglich, wenn einer tropische Siedlung bedeutende finanzielle Zuwendungen von auswärts gemacht werden.

Verhältnismäßig gut geeignet für europäische Besiedlung sind die mesitanischen Hochlande und teilweise die Küstengebiete am Stillen Ozean, während die Ostküste zu den ungesundesten Strichen der Erde gehört. Die Industrie ist in Nordamerika noch unbedeutend.

Die Vereinigten Staaten von Nordamerika scheinen sich vorläufig gegen die Einwanderung abzuschließen zu wollen. Nach einigen Nachrichten ist die Einwanderung auf sechs Monate gesperrt, nach andern auf kürzere oder längere Zeit. Dem Repräsentantenhaus ging ein Gesetzesentwurf zu, der verlangt, daß das Recht auf vier Jahre ausgedehnt werden sollte. Demgegenüber vertreten kapitalistische Kreise gerade die Auffassung, daß eine starke Zufuhr von Arbeitskräften unentbehrlich sei, um die Industrieanlagen zu erweitern und eine noch mehr einflußreiche Stellung auf dem Weltmarkt zu erlangen.

Asien scheidet als Ziel der europäischen Auswanderung aus, denn die kulturfähigen Länder sind dort größtenteils dicht von einer Bevölkerung besiedelt, die gar keine Neigung zeigt, zur europäischen Wirtschaftsweise überzugehen. Mit den dortigen Arbeitskräften den Wettbewerb aufnehmen zu wollen, würde für den europäischen Auswanderer bedeuten, daß er seine Lebenshaltung der des indischen oder chinesischen Kuli anpassen hat. Ueberdies liegt das südliche Asien, ebenso wie der weitaus größte Teil Afrikas, Südamerikas und die Nordhälfte Australiens innerhalb der heißen Erdzone, der Tropen, wo sich Europäer nur in Hochländern, nicht aber in Tiefländern dauernd zu halten vermögen. Die Ansichten über die Ursachen der Unmöglichkeit oder mindestens Schwierigkeit der Anpassung von Europäern an das Klima tropischer Tiefländer weichen voneinander weit ab. In der Hauptsache werden zwei verschiedene Theorien vertreten. Die einen, namentlich die Kolonialärzte, führen das Mißlingen der europäischen Kolonisation im tropischen Tiefland auf Epidemien zurück, die in diesen Gegenden endemisch sind; die andern, hauptsächlich die Anthropologen, schreiben den klimatischen Faktoren, insbesondere der Sonnenbestrahlung, den vorwiegenden Einfluß zu und sehen darin das Hindernis für die Besiedelung dieser Länder durch Bevölkerung weißer Rasse. Wenn die Kolonialärzte im Rechte sind, so bestehen für die tropische Kolonisation gute Aussichten bei den Fortschritten, die die Medizin in der Bekämpfung der Tropenkrankheiten bereits gemacht hat. Die Ansicht der Anthropologen dagegen stellt bei der Unbeeinflussbarkeit der klimatischen Faktoren die pessimistische Richtung in der Akklimatisationsfrage dar. Das Vorhandensein gesundheitsgefährdender Einflüsse in den Tropen, die wir in Europa nicht kennen, ist sicher. So bringt zum Beispiel die erschwerte Wärmeabgabe in den Tropen auf die Dauer eine Reizung des Herzens mit sich, wie zum Beispiel vermehrte und oft übermäßige Anstrengung des Herzens und des Kreislaufsystems zur Erzwingung der aktiven Wärmeregulation; denn die Europäerhaut gibt die Wärme weniger leicht ab als die dunkle Haut der farbigen Rassen, und der massige Körper des Nord- und Mitteleuropäers kann schwer kühl gehalten werden. Die tropische Hitze verursacht inständige Verminderung der willkürlichen Arbeitsleistung, Verminderung der Nahrungsaufnahme und infolge davon Unterechnährung usw. Dazu kommen die durch Bakterien verursachte Malaria und andre Tropenkrankheiten. Aus noch nicht näher bekannten Gründen wird in den Tropen auch das Nervensystem des Europäers ungünstig beeinflusst. Schlaflosigkeit und Reizbarkeit sind meist die ersten Anzeichen der Schädigung der Nerven. Unter gewöhnlichen Verhältnissen zeigt der Eingewohrene die Reizbarkeit des Europäers nicht, wohl aber dann, wenn er eine europäische Bildung hat und sein Geistesleben sich dem europäischen nähert. Die schädigende Einwirkung des Tropenklimas auf die Nerven wird von fast allen Europäern bezeugt, die während ihres Aufenthalts in der heißen Zone zu geistiger Arbeit gezwungen waren, die dort viel schwerer zu leisten ist als in der Heimat. Selbst anhaltende und anstrengende körperliche Arbeit, wie sie in Europa üblich ist, kann in den tropischen Tiefländern wegen des er-

Arbeitsministerium oder eine andere gesetzlich noch zu errichtende Stelle um Vermittlung anzusuchen.

Koalitionsrecht

Weber der Unternehmer oder dessen Angestellte noch die Arbeiter oder deren Verbände dürfen die Koalitionsfreiheit des einzelnen Arbeiters beeinträchtigen.

Allgemeine Bestimmungen

Die Bestimmungen des Abkommens vom 18. Dezember 1918 bleiben in Geltung, soweit sie nicht durch diesen Vertrag als erledigt zu betrachten sind.

Vertragsdauer

Dieser Vertrag tritt mit dem 1. Juli 1919 in Kraft und läuft bis zum 31. Dezember 1919.

Schlussbemerkungen

Die vertragschließenden Verbände der Arbeitnehmer gelten als eine Partei und haben sich über alle in Frage kommenden Maßnahmen vorher zu verständigen.

Die Bestimmungen dieses Vertrages gelten auch für diejenigen Arbeiter, die keinem der unterzeichneten Arbeitnehmerverbände angehören.

Berlin, den 4. Juni 1919.

Arbeitgeberverband der Deutschen Papier-, Pappen-, Zellstoff- und Holzstoff-Industrie
Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands
Zentralverband christlicher Fabrik- und Transportarbeiter Deutschlands
Gewerksverein Deutscher Fabrik- und Handarbeiter (H.-D.)

Capeten-Industrie

Abkommen betreffend die Regelung der Arbeits- und Lohnbedingungen in der Capeten-Industrie

abgeschlossen zwischen dem Arbeitgeberverband der Papier verarbeitenden Industriellen, Fachgruppe: Capeten- und Buntpapier-Fabrikation, einerseits und dem Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands, Hannover, andererseits am 4. Juni 1919.

A. Arbeitszeit

Die regelmäßige Arbeitszeit beträgt 8 Stunden, die wöchentliche 48 Stunden. Wird die Arbeitszeit an Sonnabenden oder an Vorabenden von Festtagen verläßt, so kann der Arbeitgeber den Ausfall der Arbeitsstunden auf die übrigen Tage der Woche verteilen.

Arbeitsverkürzungen

Bei Arbeitsverkürzungen, die infolge Rohstoffmangels oder Betriebsstörungen, die nicht ihren Grund in Streiks oder Unruhen haben, erforderlich werden, wird der Ausfall an Lohn seitens der Firma mit 50 Prozent vergütet.

B. Löhne

Es wird nur die geleistete Arbeitszeit bezahlt. Die Löhne werden nach Stunden berechnet und bezahlt. Sie sollen mit Rückwirkung vom 1. Mai 1919 an betragen:

Table with 4 columns: Ortsklasse, I, II, III, IV. Rows include Drucker an Maschinen, Grundrieger, Farbmischer, Handdrucker, etc.

Drucker und Füller an Druckmaschinen mit Prägebvorrichtung erhalten einen Zuschlag von 10 Pf. pro Stunde auf die tariflichen Druckerlöhne.

Handwerker und sonstige gelernte Facharbeiter sollen in der Regel mindestens den für den Betrieb geltenden höchsten Tarif-Druckerlohn erhalten.

Wo bisher Wochenlöhne bezahlt worden sind, werden diese weiterbezahlt; dieselben müssen mindestens so hoch sein wie die vereinbarten Stundenlöhne x 43.

Die Alfordlöhne sind so festzusetzen, daß es einem Durchschnittsarbeiter bzw. einer Durchschnittsarbeiterin bei voller Beschäftigung möglich ist, 20 Prozent mehr als den Minimallohn der gleichen Arbeitsgruppe zu verdienen.

Verringerung etwaiger höherer Lohnsätze sowie Verschlechterung der bisher bestehenden Arbeitsbedingungen dürfen nicht eintreten.

Kriegsbeschädigte, die noch voll leistungsfähig sind, erhalten die tariflichen Lohnsätze angezählt. Die Löhne der minder leistungsfähigen Arbeiter unterliegen der Vereinbarung zwischen Arbeitgeber und Betriebsleitung.

Prämien können unabhängig von den Mindestlöhnen bestehen bleiben. Die Mindestlöhne sind auf alle Fälle zu bezahlen.

C. Ferien

Jeder, der länger als ein Jahr im Betrieb beschäftigt ist, hat Anspruch auf 3 Arbeitstage Urlaub unter Fortzahlung des Lohnes. Mit jedem weiteren Jahr der Tätigkeit verlängert sich der Urlaub um einen Tag bis zur Höchstdauer von 6 Arbeitstagen, möglichst im Sommer.

Kriegsteilnehmer, die vor ihrer Einziehung zur Kriegsdienstleistung bei der Firma beschäftigt waren, wird bei der Bemessung des Urlaubs die Zeit, die sie im Kriegsdienst angebracht haben, angerechnet.

D. Kündigungen und Entlassungen

Eine Aufkündigung des Arbeitsverhältnisses ist für beide Teile jederzeit ohne Begründung möglich, soweit nicht die Bestimmungen des Reichsgesetzes für die wirtschafliche Demobilisierung anders bestimmen. Es soll der üblichen Regelung überlassen bleiben, für qualifizierte Arbeiter, insbesondere für Capetenmacher und Farbsetzer, eine andere Kündigung festzusetzen.

E. Arbeitsnachweis

Bei Bedarf an Arbeitskräften sind in erster Linie die paritätisch organisierten örtlichen Arbeitsnachweise in Anspruch zu nehmen. Für den Nachweis von Druckern und Buchbinderinnen soll in erster Linie der Zentralarbeitsnachweis der Fabrikarbeiter Deutschlands, Hannover, Nikolaistraße 7, II, Mittelbau, in Anspruch genommen werden.

F. Schlichtung von Streitigkeiten

Streitigkeiten, die sich aus diesem Tarifvertrag oder ergänzenden örtlichen Vereinbarungen ergeben, werden zunächst zwischen dem Arbeitgeber und dem Arbeiter-Ausschuß verhandelt. Kommt hierbei keine Einigung zustande, so ist eine erneute Sitzung anzuberaumen, zu der je ein Vertreter der beiderseitigen Organisationen hinzuzuziehen ist.

G. Arbeiter-Ausschuß

Hierfür gelten die gesetzlichen Bestimmungen.

H. Allgemeines

Vorstehendes Abkommen tritt mit der Unterzeichnung der abschließenden Parteien in Kraft und gilt bis zum 31. Dezember 1919. Die Gültigkeitsdauer verlängert sich jeweils um sechs Monate, sofern das Abkommen nicht vier Wochen vor Ablauf, vom Tage der Zustellung der Kündigung an gerechnet, aufgekündigt wird.

J. Ortsklassen

Die Fabriken haben sich im Einvernehmen mit ihren Arbeiter-Ausschüssen so schnell wie möglich darüber zu entscheiden, welcher Ortsklasse sie angehören haben. Bestehen sich an einem Orte mehrere Fabriken, so ist diese Entscheidung von den Fabriken gemeinschaftlich zu treffen.

Das endgültige Ergebnis über die Ortsklassen-Einteilung wird in einem Nachtrage zum Tarifvertrag bekanntgegeben.

Für den Arbeitgeberverband der Papier verarbeitenden Industriellen, Fachgruppe Capeten- und Buntpapier-Fabrikation:
Jaques Ruhemann, 1. Vorsitzender. Hugo Rasch, Wilhelm Iben, August Hölfiger, Emil Siepmann, Dr. Feldgen, Geschäftsführer.
Für den Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands:
G. Stähler, Ludwig Philipps, Friedrich Obig, G. Käder.

Keramische Industrie

Lohn- und Arbeitsvertrag

zwischen dem Verband der nordwestdeutschen Ziegel- und Kalksandsteinwerke Hamburg, E. B., und dem Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands, Gau 15, St. Hamburg.

Geltungsbereich des Vertrages

Der Vertrag gilt für alle Arbeitsstätten, und zwar an folgenden Orten: Hamburg, Schleswig-Holstein, beide Mecklenburg, Nord-Hannover, Lübeck und Bremen, im Bereich der Sektion 8 der Ziegelerwerbsgenossenschaft und angrenzender Bezirke, soweit an den einzelnen Orten bis heute noch Verträge abgeschlossen sind.

Arbeitszeit

Die Arbeitszeit beträgt pro Woche 48 Stunden. Auf den Sommer-Ziegeleien steht es dem Arbeitgeber frei, in den Monaten vom 1. April bis 31. Oktober wöchentlich zehn Ueberstunden arbeiten zu lassen.

Lohn

Der Grundlohn beträgt für Gruppe 1, das sind:

Table listing job titles and wages for Group 1, Group 2, Group 3, and Group 4. Includes Pressenmeister, Feiger, Maschinenisten, etc.

B. Kalksandsteinwerke

Der Grundlohn beträgt für Gruppe 1, das sind:

Table listing job titles and wages for Group 1, Group 2, Group 3, and Group 4 in the Kalksandsteinwerke. Includes Pressenleute, Kesselleute, etc.

Einige Beschäftigten von einer Gruppe in die andere sind zulässig und werden zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer geregelt. Falls ein Arbeiter aus einer niedriger bezahlten Gruppe für eine höhere Gruppe angeleitet wird, kann er während der Lohnzeit zur den Lohn seiner bisherigen Gruppe beanspruchen.

Außer diesem Lohnausgleich ist für diejenigen Orte, wo es unbedingt, durch die beiderseitigen Organisationen noch ein Orts-Lohnausgleich zu vereinbaren.

Die Höhe des Orts-Lohnausgleiches richtet sich in den verschiedenen Orten nach der zur Zeit dort bestehenden Lebenshaltung.

Diese Zuschläge sind in die folgenden 6 Ortsklassen geteilt:

Table showing wage rates for different districts (Ortsklasse I to VI) and wage groups (Lohngruppe 1 to 4).

Arbeitern und Arbeiterinnen, die bereits einen höheren Lohn verdienen, als der gesamte Stundenlohn für ihre Ortsklasse ausmacht, darf derselbe nicht gekürzt werden.

Die Entscheidung darüber, zu welcher Ortsklasse der Betrieb zu rechnen ist, unterliegt auf Vorschlag der Beteiligten der Verständigung zwischen beiden Verbänden.

Für die in § 2 festgesetzten Ueberstunden wird ein Zuschlag von 20 Prozent bezahlt. Auf den Kalksandsteinwerken werden Ueberstunden, die nur in Ausnahmefällen gemacht werden, bis abends 6 Uhr mit 25 Prozent Zuschlag bezahlt.

Auf allen Werken sind für weitere Ueberstunden 33 1/2 Prozent für Sonntagsarbeit 50 Prozent, soweit es nicht Sacharbeiten sind, zu bezahlen.

Für Arbeiter, die infolge Alters oder Invalidität minder leistungsfähig sind, können zwischen beiden Organisationen besondere Vereinbarungen getroffen werden.

Die Alfordarbeit ist zulässig. Der vereinbarte Mindestlohn in den Betrieben wird gewährleistet. Die Alfordsätze werden zwischen beiden Verbänden auf Vorschlag der Beteiligten vereinbart.

Alfordverträge sind schriftlich festzusetzen. Die Löhne sind so bemessen, daß die Arbeit damit voll bezahlt wird, die Arbeiter also für Unterkunft, Verpflegung usw. selbst zu sorgen haben. Wird Verpflegung und Unterkunft mit Zubehör gewährt, so muss dies vom Arbeiter extra bezahlt werden.

Den auswärtigen Arbeitern ist auf ihren Wunsch zu stellen:

- 1. Aufnahmestraum zum Essen, mit Tischen, Bänken und Kochvorrichtungen, außerdem ein verschließbarer Kasten und Kleiderkasten sowie Heizung, Licht und Kochtöpfe.
2. Gemeinsame Schlafstätte mit je einem Bett, bestehend aus einem Strohsack oder einer Matratze, einem Kissen oder einer Bolle, einem Kopfkissen, zwei Bollecken zum Zubeden oder einer Federdecke sowie Waschlöschen.

Für die sämtlichen unter 1 und 2 angeführten Sachen sind pro Person und Woche 3,50 Mark gutzuschütten. Verläßt ein Arbeiter seine Arbeitsstätte, so ist er verpflichtet, die sämtlichen ihm zur Verfügung gestellten Sachen vollständig und in einem durchaus guten Zustande wieder abzugeben, andernfalls hat er Ersatz dafür zu liefern, bzw. wird ihm ein entsprechender Betrag hierfür abgezogen.

Handtücher, Messer, Gabel, Löffel, Trinkbecher und Essigkote hat jeder Arbeiter mitzubringen.

Die Bewahrung der Küche ist Sache der Arbeiter.

Lohnzahlung

Die Lohnzahlung hat wöchentlich am Freitag zu erfolgen. Bei Alfordarbeit ist der Lohn als Abschlag auszuschütten.

Auflösung des Arbeitsverhältnisses

Das Arbeitsverhältnis kann beiderseits ohne vorherige Kündigung an jedem Tagesanfang ohne Angabe von Gründen gelöst werden. In diesen Fällen ist der verdiente Lohn sofort auszuschütten. Bei Alfordarbeiten ist der eventuelle Ueberlohn des Arbeitenden in Gemeinschaft mit dem Betriebsauschuß zu ermitteln und dem Ausgeschiedenen innerhalb einer Woche per Post zuzustellen.

Schlichtung von Streitigkeiten

Zur Schlichtung von Streitigkeiten werden von beiden Organisationen für die einzelnen Bezirke Schlichtungskommissionen gewählt, die je zur Hälfte aus Arbeitgebern und Arbeitnehmern bestehen.

Findet hier keine Einigung statt, so haben die Vertreter der beiderseitigen Hauptverbände endgültig eine Entscheidung zu fällen. Vor Beginn und während des Fortdauerns sind Streiks, Ausperrungen und ähnliche Maßnahmen unter keinen Umständen zulässig.

Dauer des Vertrages

Dieser Vertrag gilt vom 1. Mai bis 31. Oktober 1919.

Verschiedene Industrien

Leistung und Gegenleistung in der Zuckerindustrie

Bekanntlich wird sehr oft, auch ohne nähere Kenntnis der Ursachen, geklagt über die geminderte Arbeitsleistung der Arbeiterschaft, trotz der hohen Löhne. Auch das Organ der Zuckerindustriellen hat schon öfters über die unerhörten Lohnforderungen geklagt, zugleich aber unter Hinweis darauf höhere Löhne resp. Zuckerpreise gefordert. Die Zuckerfabrikanten brauchen sich aber wirklich nicht zu beklagen. Trotz geringerer Leistung ihrerseits sind ihre Einnahmen gewaltig gestiegen. An einem kleinen Beispiel soll das hier gezeigt werden.

Table with 5 columns: Betriebsjahr, Es wurden Rüben bearbeitet, Dividende verteilende AK-Gesellschaften, Summe in 1000 RM, Durchschnittliche Dividende in Prozent.

Die bearbeitete Rübenmenge ist in den nächstfolgenden zwei Jahren (1916/17 und 1917/18) noch mehr zurückgegangen und damit auch das fertiggestellte Zuckerquantum. Das Gesamtergebnis über die Unternehmergewinne liegt zwar für diese beiden Jahre

nach nicht vor, aber aus den einzelnen Geschäftsberichten ergibt sich jetzt schon, daß die Abschlässe glänzende waren. Vergleicht man die bearbeitete Rohwaremenge des Jahres 1912/13 mit der des Jahres 1915/16 und beschleiden die Summe des Reingewinnes, so ergibt sich ohne weiteres, daß die Zuckerfabrikanten trotz zurückgegangener Leistung eine gewaltig gesteigerte Gegenleistung der Konsumenten aufweisen können. Und doch sind sie nicht zufrieden und fordern mehr.

Mehr Margarine!

Diese willkommene Nachricht bringt die „Margarine-Industrie“. Willkommen nicht nur deshalb, weil für unsere Mitglieder aus diesem Industriezweig vermehrte Arbeitsgelegenheit geschaffen wird, sondern vor allem erfreut diese Nachricht, weil Aussicht besteht, daß in Zukunft mehr als seither jeder sein Fett bekommt. Die für die Verarbeitung im Juni zur Verteilung gelangende Rohwaremenge wird 7 1/2 Prozent höher sein, als die für den Monat Mai zur Verfügung gestellte Menge. Die im besetzten Gebiete liegenden Margarinefabriken werden daran nach dem alten Schlüssel beteiligt sein. Die Margarineherstellung im Juli wird ganz bedeutend höher werden. Von August bis Dezember wird die Erzeugung weiter steigen bis über die Friedensquote hinaus, vorausgesetzt, daß politische Verwicklungen ausbleiben. Es sind große Rohwareneinkäufe gemacht, die eine derartige Versorgung der Margarinefabriken gewährleisten. Wenn der Friedensvertrag unterzeichnet wird, ist die Wiederbeschäftigung aller Werke im Monat August zu erwarten. Es ist indes mit nennenswerter Erhöhung der Rohwarenpreise zu rechnen, welche eine entsprechende Preiserhöhung des fertigen Erzeugnisses nach sich ziehen wird, die am 1. Juli in Kraft treten soll.

Berichte aus den Zahlstellen.

Essen. Am 29. Mai (Himmelfahrt) tagte in Essen eine Konferenz der Zahlstellenleiter im unbesetzten Gebiet vom Gau 14, die von 15 Zahlstellen besetzt war. Die Kollegen Zimmermann (Essen) und Heering (Düsseldorf) wurden zu Vertretern der Konferenz gewählt. Kollege Bahler vom Gauverband hielt dann ein Referat über den Aufbau der Organisation. Er gab Fingerringe, besonders den Vertretern der kleineren Zahlstellen, wie eine Zahlstelle aufgebaut werden müsse, wenn diese zum Vorteil der Mitglieder und des ganzen Verbandes arbeiten sollte. Dann ging er auf die neue Agitationsmethode ein und streifte unser Verhältnis zu den anderen Organisationen. Gauleiter Fund ergänzte die Ausführungen und konnte die erste wichtige Mitteilung machen, daß Gau 14 heute 52 Zahlstellen aufweisen könne. Er erörterte die Schwierigkeiten, in die unser Gau durch die Besetzung des linken Rheinrums geraten ist. Der Gau mußte deshalb vorläufig geteilt werden. Kollege Fund bearbeitete das ganze besetzte Gebiet und Kollege Bahler den unbesetzten Teil. Bis wieder normale Zustände geschaffen sind, soll Kollege Bahler seinen Wohnsitz in Düsseldorf beziehen, um dann nach Köln überzusiedeln und gemeinsam mit Fund zu arbeiten. Nach einer ausgiebigen Diskussion hielt Kollege Fund einen Vortrag über die „Arbeitsgemeinschaft“. Dieses Thema, das die Leiter der organisierten Kollegen am meisten beschäftigt, wurde von Kollegen Fund in großen Zügen behandelt. Er streifte kurz die Ursachen, die zur Arbeitsgemeinschaft führten und besprach deren Tätigkeitsgebiet. In der anschließenden Diskussion plätscherten sich die Meinungen aufeinander. Keiner war mit der Arbeitsgemeinschaft, wie diese sich bis vor kurzem entwickelt habe, so recht zufrieden. Einige Kollegen, besonders die Essener, waren der Ansicht, daß die Unternehmer nur diejenigen sind, die Vorteil von der Sache haben. Dann kamen auch die in letzter Zeit abgelehnten Reichsärzte zur Sprache. Besonders die Lärze für die Begeleiteten und die Scheinindustrie kamen unter die Räder. Kein einziger Kollege trat mehr für sie ein. Dann wurde noch besonders vom Kollegen Zimmermann das Verhalten der Unternehmer im Essener Bezirk bei den Verhandlungen erörtert und von ihm verlangt, daß eine Arbeitsgemeinschaft anders aufzubauen werden müsse, und die Konferenz war mit ihm der Ansicht, daß die Lärze von unten an aufgebaut und nicht wie bisher einfach von oben diktiert werden.

Folgende Resolution wurde vom Kollegen Preuß aus Düsseldorf eingebracht und einstimmig angenommen:

Die heutige Zahlstellenleiterkonferenz erkennt nur dann die abgelehnten Reichsärzte an, wenn aus den einzelnen Bezirken oder Schichten Kollegen aus den in Frage kommenden Industriezweigen mitgewirkt haben. Die Konferenz protestiert aufs schärfste gegen die festgesetzte Löhne in den Tarifverträgen für die Scheinindustrie.

Nachdem noch ein Antrag angenommen war, der verlangte, daß mindestens alle drei Monate die Geschäftsführer des Gau's zwecks Aussprache zusammenkommen sollen, fand die äußerst anregend verlaufene Konferenz ihr Ende.

Essen. Die Zahlen aus dem Bericht, was einmal mit der Döngel- und Schwanenfabrik von Kreis in Großbothen zu besetzen. Man sagte mir am 10. Jahre zurückverfügt, wenn man den Betrieb von unten anstellt. Die Ziegler legt auf dem linken Lande und ist im rechten Lande so gut wie keine Industrie vorhanden, so daß eine der Hauptbeschäftigungen für einen Arbeiter, nämlich ständige Arbeit, vorhanden ist. Wenn die Arbeiter keine Lust mehr beim Bauer haben, so gehen sie in die Ziegler, was dem Unternehmer natürlich zum großen Vorteil gereicht. Haben doch diese Arbeiter nicht die geringste Ahnung, was ihnen eigentlich für Rechte zustehen, denn sonst wäre es ja notwendig, daß der Unternehmer keine Arbeiterpreise noch bei den Ziegler bezahlen lassen könnte. Man sieht, arbeitet der Meister auch noch ein Programm und hat das allergrößte Interesse daran, möglichst viel aus jedem Arbeiter herauszuquetschen. Wegen der Einstellung ist noch bei dieser höchsten Erzeugung 70 Eisen haben = 7 Zentner aus ganz wackelige Schichten. Wenn dies der Unternehmer über sein Meister bloß und einen Tag machen müßten, würden sie wohl zu anderer Aufzählung kommen. Aber wie kein Verständnis für Bemerkung der Arbeiter, so mangelt es auch an verständlicher Umsetzung. Schwanen doch dieser Tage noch ein Mühseliger Meister einen im gleichen Alter jenseits Arbeiter gegenüber das Wort Verlangen. Dies ganz nicht gerade von sehr hohen Verlangungen. Soweit man in diesen Betrieben herausbekommt, ist eine möglichst hohe Leistung aus jedem Arbeiter herauszuholen, um so weniger hat man Verständnis für die legitimen Bedürfnisse der Arbeiter. Da jetzt wie überall die Arbeiterpreise etwas niedriger sind, weil das Saat ja nicht reicht, müßte doch Gelegenheit gesehen werden, das Essen zu mindern. Aber so etwas kümmert jeden Arbeiter. Soweit wie die einzelnen Zeit haben, wenn sie das Mittagessen auf dem Oren, aber der Weg ist so beschwerlich und mühsel über die Mühselknechte des Oren, so daß man in die Ziegler verdrängen kann. Und weiter gibt es überhaupt nicht im Betriebe. Mühselknechte ist nur da, wenn es regnet, weil dadurch ein unter der Dachrinne stehendes Saß mit Regen.

Daß die Arbeiterpreise etwas ein Teil Schuld an diesen mangelhaften Zuständen hat, wird nicht von der Hand zu lassen sein. Zwar sind die Löhne wohl bis zu 30 Prozent in einer Zahlstelle unseres Reichsverbandes angehoben, aber mit dem Beträgen ist es alles noch nicht genug, sondern es muß auch einmal denjenigen gegeben werden und nicht bloß denjenigen, die den Meister beschuldigen; denn die Aufzählung des Löhnes, was sich nicht ändert, der Preis, was der Herr nur endlich mal ausgetrieben werden. Ein Kollege meiner Zahlstelle war gerade der Meinung, da beschäftigt, weil derselben ihr davon gegeben war, einmal auch hier der Preis der entsprechenden Beschäftigung zu erhöhen, da wurde ihm ein solches Wort nicht erlaubt, es wäre keine Arbeit mehr für ihn vorhanden, und so konnte sich unter Kollegen treffen. Es wird hier höchste Zeit, daß die Arbeiterpreise sich endlich einmal klar wird, daß sie nicht nur Fliegen, sondern auch Kröte hat.

Essen (Zahlstellenleiterkonferenz bei der Firma Schwanen- und Döngelwerke). Dem Tag der neuen Zeit folgende Resolution für den Reichsverband der Schwanen- und Döngelwerke: Die Zahlstellenleiter des Reichsverbandes der Schwanen- und Döngelwerke sind im Reichsverband der Zahlstellenleiter anzuschließen.

Die Gauleitung wurde beauftragt, der Firma eine Eingabe in Bezug auf Lohnverhöhung, Einführung des Achtstundentages, wöchentliche Vorrückung und Neuwahl des Arbeiter-Ausschusses einzureichen. Diese Eingabe erfolgte am 15. April mit einem Hinweis auf die sich bildenden Arbeitergemeinschaften. Bildung von Gruppen und Abschlüssen von Kollektivverträgen. Eine Antwort erfolgte nicht. Jedoch fanden inwärtigen für das Saargebiet und die angrenzenden pfälzischen Industrie-Bezirke zwischen Arbeitgebern, Arbeitgeber-Organisationen und Arbeitnehmer-Organisationen statt, die die Einführung des Achtstundentages brachten, aber keine Verbesserung der Lohnverhältnisse. Es wurden Anträge gestellt, aber die bisher gewährte zehnprozentige Zulage wurde gestrichen, was zu Unzufriedenheiten unter der Arbeiterschaft führte. Eine Arbeiterauswahl wurde angelehnt; die Vorschlagsliste mußten bis zum 10. Mai eingereicht sein. Die Arbeiterschaft reichte ihre Vorschlagsliste ein, eine andere kam noch unter Mitwirkung und Aufsicht der Direktion zustande. Vier Arbeitern, die auf der Vorschlagsliste der Arbeiter standen, wurde gekündigt und ihnen nahegelegt, sie können sofort ihre Papiere und ihr Geld erhalten. Grund war Arbeitsmangel, trotzdem diese Arbeiter 7, 10, 16 und 28 Jahre im Betrieb beschäftigt waren. Von diesen Vorgängen wurde der Reichsverband erst mit Mitteilung gemacht, nachdem die Kündigung bereits ausgesprochen war. Am 6. Mai versuchte Gauleiter Schreiber, bei der Direktion vorstellig zu werden, wurde aber abgewiesen; ebenso späteren wiederholte Versuche der neu vorgeschlagenen wie auch der alten Arbeiterauswahlmitglieder. Die Direktion war zu einer friedlichen Verständigung nicht bereit. Ihr kam zugute, daß tatsächlich Arbeitsmangel aus verschiedenen Gründen vorhanden war, und sie ließ die Arbeiter ihre Macht fühlen, was uns an die Zeiten vor dem Kriege erinnert. Um eine Verständigung erzielen zu können, ersuchte Gauleiter Schreiber die französische Behörde um die Erlaubnis zur Abhaltung einer Besprechung mit den Arbeiterauswahlmitgliedern und Vertrauensleuten, die gegeben wurde. Dem Arbeiterauswahl und den Vertrauensleuten ging die Mitteilung, daß nachmittags 1/2 Uhr eine Besprechung stattfände. Arbeitsbeginn war um 2 Uhr. Das ablehnende Verhalten der Direktion, mit dem Organisationsvertreter eine Aussprache herbeizuführen, ferner die Behandlung der Arbeiterauswahlmitglieder und die Kündigung langjähriger Arbeiter verursachten starke Missstimmung unter der Arbeiterschaft. Sie verlangte deshalb um 12 Uhr Arbeitsbeginn, um zur Versammlung gehen zu können. Dies wurde aber Androhung mit Entlassung abgelehnt; außerdem wurde angeordnet, die Fabrikschritte abzuschließen. Darauf verließ der größte Teil der Arbeiterschaft durch Nebenleitern der Anzählung die Fabrik. Trotz all dieser Vorkommnisse verurteilte die Reichsleitung beruhigen auf die Arbeiterschaft einzugehen und empfahl, die Arbeit am andern Tag wie bisher aufzunehmen. Der alte Arbeiterauswahl wurde beauftragt, nochmals zu versuchen, eine friedliche Verständigung herbeizuführen, und für die Aufhebung der ausgesprochenen Kündigungen einzutreten. Als die Arbeiterschaft am andern Tage zur Arbeit erschien, wurde ein großer Teil entlassen wegen Kontraktbruchs, darunter dieselben Arbeiter, denen vorher gekündigt war. Da die Arbeiterschaft nicht genügend gewerkschaftlich geknüpft war, stand sie ratlos da. Statt der Reichsleitung telegraphisch sofort Nachricht zu geben, nahm ein Teil der Arbeiter die Arbeit auf, der andere holte seine Papiere. Beim Arbeitsamt meldeten sie sich arbeitslos und beantragten die Erwerbslosen-Unterstützung, was abgelehnt wurde mit der gleichen Motivierung, sie wären kontraktbrüchig geworden; von da wurden sie zum Bezirksamt geführt und erhielten dort die gleiche Antwort. Hätten die Vertreter des Arbeitsamtes und des Bezirksamtes die Gewerbeordnung etwas näher nachgesehen, so hätten sie gefunden, daß ein Kontraktbruch hier nicht vorlag. Einige Arbeiterauswahlmitglieder und Arbeiter wandten sich in einem Schreiben an den Schlichtungsausschuss und bestimmten den Gauleiter Schreiber als Mandatant. Die Sitzung fand am 25. Mai statt. Die Firma lehnte den Arbeitgebervertreter Lami als Belegten ab. Die Reichsleitung machte den Direktor aufmerksam, daß die Arbeiter nicht kontraktbrüchig seien und die Entlassung zu Unrecht erfolgt wäre. Dies sei zwar keine Sache des Schlichtungsausschusses, sondern des Gewerbegerichts, und er sei sich über die Urteilsfindung des Gewerbegerichts klar. Er empfahl deshalb der Firma, eine neue Arbeiterauswahl anzufragen und sich mit diesem neuen Arbeiterauswahl zu verständigen. Tatsächlich sei kein richtiger Arbeiterauswahl vorhanden. Dem Herrn Direktor kam der Vorschlag des Reichsverbandes recht überraschend vor, wie er sich wörtlich ausdrückte: das sei ja eine Schraube ohne Ende. Der Herr Direktor will keinen Arbeiterauswahl haben, der den Mut hat, die Arbeiterinteressen zu vertreten. Die Eingabe an den Schlichtungsausschuss hat von jugendlichen Arbeitern mit unterschrieben, und die Arbeiterauswahlmitglieder hätten ihre Unterschrift zurückgezogen, was durch die beiliegenden Erklärungen bestätigt wurde. Diese Unterschriften wurden von Schreiber angebeweilt; sie seien nur unter dem Druck der Direktion, um nicht brotlos zu werden, gegeben worden. Dieser Auffassung konnte sich auch der Vorsitzende des Schlichtungsausschusses nicht enthalten, indem er bewies, ob diese Unterschriften einwandfrei gegeben worden seien. Durch gütliches Zutreten des Reichsverbandes, durch Zutreten des einen Arbeitgebervertreters, durch gütliches Zutreten des mitgebrachten Vertreters des Herrn Direktors Dr. Köllig konnte der Herr Direktor bewegen werden, einen neuen Arbeiterauswahl nach den gesetzlichen Bestimmungen wählen zu lassen. Eine Anfrage Schreibers an den Herrn Direktor, ob er die Abmachungen, die getroffen werden mit den Arbeitergemeinschaften, anerkenne, die gegenwärtig in Berlin beraten werden, wurde verneint; mit Gewerkschaftsvertreter unterhandeln er nicht. Herr Dr. Köllig glaubte auch die wörtliche Bemerkung einwerfen zu müssen, „was Berlin“. Durch die Erklärung des Herrn Direktors, einen Arbeiterauswahl wählen zu lassen, konnte in die Verhandlungen nicht eingetreten werden. Der Vorsitzende des Schlichtungsausschusses ist der Direktion recht weit entgegengekommen, weiter als wir es für nötig erachteten. Besser wäre es gewesen, der Vorsitzende des Schlichtungsausschusses hätte nach dem vorliegenden Material genauere Erklärungen eingeholt, dann wäre er vielleicht zu einer andern Auffassung gekommen. Nachdem die Unternehmer daran sind, den Schlichtungsausschuss nach ihrem Sinne zu manipulieren, um ihnen unangenehme Personen zu entfernen, dürfte es nichts schaden, wenn auch die Arbeiterschaft hierzu Stellung nimmt. Für die Arbeiterschaft heißt es deshalb, auf der Hut zu sein. Unorganisierte Arbeiter darf es nicht mehr geben; das zu begreifen ist nicht schwer. Nach den Erklärungen der Direktion und ihrem jetzigen Verhalten gegenüber den Arbeitervertretern und Arbeitern erfahren wir die Arbeiterschaft, in diesem Betriebe keine Arbeit anzunehmen. Hoffentlich nimmt auch das Arbeitsamt in Homburg davon Kenntnis und teilt den Arbeitern mit, daß in diesem Betriebe Differenzen bestehen. Solange diese Differenzen bestehen, erklären wir den Betrieb für gesperrt.

Essen i. L. In der Zündstofffabrik Gebr. Dadeb in Bernsdorf war es bis vor kurzem nicht möglich, für unsere Verbände festen Fuß zu fassen. Nur eine kleine Zahl blieb während des Krieges dem Verband treu. Nun ist es im Laufe der letzten 8 Wochen gelungen, fast sämtliche Kollegen zu organisieren, so daß jetzt 95 Prozent unserer Verbände angehören. Das Referat zeigt, was durch zielbewusste Agitation zu erreichen ist. Im Laufe des Monats Mai reichte die Arbeiterschaft durch den Arbeiterauswahl Forderungen auf 30 Prozent Lohnerhöhung ein. Nach einigen Verhandlungen wurden 20 Prozent bewilligt. Die meisten Arbeiter sind im stillen beschäftigt. Der durchschnittliche Lohn beträgt hier 15 Mk. pro Achtstundentag. Der Tarifvertrag gilt rückwirkend vom 1. Mai bis 31. Dezember 1919. Der Lohn ist nicht alles erreicht, so können wir doch mit unserm ersten Erfolg zufrieden sein. Besser werden muß noch das Verhältnis zwischen Arbeiterauswahl und Arbeiterschaft. Ein Kennzeichen für allen bisherigen Lohnforderungen war der aus dem Arbeiterauswahl herausgegangene Ausschuss. So ärgerte er bei Überwindung der letzten Lohnforderung zum Herrn Direktor Kräfte, er möchte die 30 Prozent bewilligen, dann verlangte sie in ein paar Wochen aber nochmals 30 Prozent. Nach einem Brief der Arbeiter mit drohender Zwangsbesetzung hat dieser arbeitslose Herr kein Benehmen etwas geändert. Schließlich kammert er sich jetzt mehr um Sachen, die jeder Arbeiter unterliegen, wie Reparaturen usw. Den Arbeitern aber möchten wir aus Herz legen, treu und fest zur Organisation zu halten und allen Verwicklungen, wie es oft vor kurzem von gegenüber Seite versucht wurde, zu entgehen. Auf letzteres können wir in nächster Zeit noch einmal zurück.

Wiesbaden. In unserer Zahlstelle geht es vorwärts. Im November 1918 hatten wir 170 Mitglieder (mit Naumburg, Leudern, Genshain und Umgebung), und jetzt sind es wieder an die 1000. Leudern kam zu Reiz und Naumburg wurde selbständig. Was wir gefast haben, das wird jetzt geerntet. In der Papierfabrik von Dietrich wurde ein Tarif festgesetzt. Ganz und gar ist er gerade nicht, aber es ist etwas erreicht, was wir jahrelang erämpft haben. Es erhalten pro Stunde Maschinenführer 1,85 Mk., erster Gehilfe 1,60 Mk., zweiter 1,30 Mk., Presser bis 1,80 Mk., über 18 Jahre 1,10 Mk., Kalanderführer 1,40 Mk., Gehilfe 1,40 Mk., Auerführer 1,40 Mk., Gehilfe 1,30 Mk., Rollapparate 1,40 Mk., Rollführer 1,50 Mk., Zuträger 1,45 Mk., Hilfsarbeiter 1,40 Mk., Transmissionenführer 1,35 Mk., Pader 1,35 Mk., Dämmere 1,40 Mk., Geier 1,40 Mk., Maschinenführer 1,40 Mk., Hofarbeiter über 20 Jahre 1,30 Mk., Maschinenführer 1,40 Mk., Pappfabrik Maschinenführer 1,45 Mk., Rollführer 1,35 Mk., Hilfsarbeiter 1,35 Mk., jüngere Hilfsarbeiter 1,30 Mk., Stokmaschinist 1,30 Mk., jüngere Hilfsarbeiter 1,30 Mk., Strohhofarbeiter, Kocher, nasse Reinigung, Rollführer 1,35 Mk., Hächler, Stoffmaschine, Verdampfung 1,40 Mk., Chlorauflöser 1,45 Mk., Odenau 1,50 Mk., Sandarbeiter: Maurer, Zimmerleute 1,60 Mk., Schloffer 1,60 Mk., Hilfsarbeiter 1,30 Mk., Seilbahnarbeiter 1,40 Mk., Arbeiterinnen: angeleimte, 18 Jahr alt, 60 Pf., über 18 Jahr 70 Pf., über 20 Jahr 80 Pf., ungeleimte, 18 Jahr alt, 50 Pf., über 18 Jahr 60 Pf., über 20 Jahr 70 Pf. Für nicht im Vollbesitz der Arbeitskraft befindliche Arbeiter wird der Lohn besonders festgesetzt. Der Tarif gilt bis zum Inkrafttreten des in Aussicht stehenden Reichstarifs. Werden vor Einführung des Reichstarifs Änderungen seitens der Kontrahenten beabsichtigt, so sind die Parteien an eine dreimonatige Kündigungsfrist gebunden.

In der Versammlung am 24. Mai berichtete Kollege Verbiest über die Konferenz der Papier- und Strohhofarbeiter in Erfurt. Waren schloß sich eine lebhaft Diskussion, aus der heraus eine Zusammenkunft mit Merxleben, Krüllwitz usw. geplant wurde, wo ein einheitlicher Tarif aufgestellt werden soll.

Für die lokale Genshain ist eine Kommission gewählt. Beschwerden sind an diese zu richten, und zwar an die Kollegen Eißermann, Fille, Hillert, Genshain, Köhler, Hagenböhm, Hoffmann, Wilschütz, Eichhorn, Köhler, Dornholt, Wählig, Bahren, Kupis, Kuhn, Neilschütz, Neßring, Tucha.

Wiesbaden. Am Freitag, dem 23. Mai, tagte im Lokale Memath in Wiesbaden eine Mitgliederversammlung der Fabrikarbeiter, die bis auf den letzten Platz gefüllt war. Dem lehrreichen Referat des Geschäftsführers Pfaff über Entwicklung, Wesen und Aufbau der Gewerkschaften lauschten die Zuhörer mit Spannung, und der Beifall am Schluß der Ausführungen zeigte, daß der zeitgemäße Vortrag den richtigen Reizpunkt fand. Neben ging von dem Standpunkt aus, daß der Zustand neuer und junger Mitglieder diesen Vortrag nötig machte, um dem jungen Blut in der Organisation das nötige Verständnis der Materie beizubringen. Ausgehend von den ersten schätzenswerten Anfängen der Organisationsbestrebungen, zeigte der Vortragende, welche kolossalen Hindernisse die Arbeiter zu überwinden gezwungen gewesen sind, um zu der heutigen Höhe zu gelangen. Mit Nachdruck wurde betont, daß jedes einzelne Mitglied sich einfügen habe in den großen Rahmen der Gesamtorganisation, daß alle Mitglieder die strengste Disziplin wahren müssen und daß alles, was organisationswidrig unternommen würde, restliche Grundlage, Zweck und Ziel haben müßte. Eine Diskussion wurde nicht beliebt über diese Ausführungen. Bemängelt wird aber werden, daß einzelne Diskussionsredner unter Punkt „Rechtschaffenheit“ Ausführungen machten, die nicht in den Rahmen einer berechtigten Kritik fielen. Es ist an dieser Stelle schon oft betont worden, daß Kritik, wenn sie persönlich und unfair ist, zur gewöhnlichen Nörgelei herabsinkt. Durch solcherlei Nörgeleien geht in der Regel ein gut aufgebautes Referat im Strom der Meinungen unter. Mit Recht und unter dem Beifall der Versammlung führte ein alter Verbandskollege aus, daß Kritik viel leichter sei als Bessermachen. Dafür erntete der Kollege den unqualifizierbaren Zirkel eines Arzlers, er sei ein Bremser. Diese Unwissenheit sind erstens recht lächerlich und verleiht keine tiefgehende Kenntnis des Wesens der Gewerkschaftsbewegung. Dann leit den Diskussionsrednern noch etwas ins Stammbuch geschrieben: Wenn man etwas in einer großen Versammlung behauptet, so vergewissere man sich vorher, ob auch alles den Tatsachen entspricht, sonst bläutert sich der Diskussionsredner, wie es tatsächlich der Fall gewesen ist. Und so kam es, daß am Schluß der Versammlung die Diskussion nicht auf der Höhe stand, eine Schuld der Diskussionsredner und des Versammlungsleiters, der etwas zu großen Spielraum ließ.

Verbandsnachrichten.

Vom 1. Juni an gingen bei der Hauptkasse folgende Beiträge ein:

- Emmerich 18,30. Nossen i. S. 16,50. Rhenburg a. d. W. 11,—.
- Barby 10,—. Ebing 3000,—. Schön 400,—. Gemndor 650,—.
- P. — 20,—. Königsberg 3000,—. Halle a. d. S. 2000,—. Chemnitz 2000,—. Eibenberg (S.-A.) 2000,—. Reiz 1000,—. Ebingen 1000,—.
- Dörbun 600,—. Forstheim 605,62. Alfeld 500,—. Bollramshausen 600,—. Niederbachschweifen 500,—. Weferlingen 500,—. Sterblich 250,—. Bernburg 12,80. Bonn 2000,—. Aue i. Erzgeb. 1500,—.
- Münsterberg 1000,—. Meutlingen 1000,—. Bismarck 600,—. Weimabach 550,—. Fallenburg 350,—. Weithain 320,—. Korbach 43,75.
- Braunschweig 40,80. P. 15,75. P. 7,40. P. 7,40. P. 3,75.
- Nelken 1500,—. Oranienberg 800,—. Sahr i. S. 500,—. Wilschendorf 400,—. Malzow i. M. 300,—. Altenbrat 300,—. Wolbeg 300,—. Neustadt (O.-Schl.) 300,—. Radeburg 280,—. Fachingen 250,—. Larnowle 200,—. Hamau 127,—. Krojanke 99,06.
- Neustettin 17,30. Schenil 700,—. Tiefenort 600,—. Obwiesleben 300,—. Lichtenwalde 200,—. Schönberg i. M. 32,40. Minden 24,92. Pl. Grund 15,—. Stadthagen 14,—. Friedrichstadt 10,—. Sietlin 10 000,—.
- Geitzow 50,—. Friedland i. M. 2000,—. Kolberg 1000,—. Kolberg 1500,—. Kalbe a. d. S. 1000,—. Darmstadt 950,—. Rastenburg 500,—. Langemünde 500,—. Chemnitz 2000,—. Wülsthen 1500,—.
- Aue i. Erzgeb. 1000,—. Reutlingen 400,—. Reutlitz 192,11. Sooran 2000,—. Pöschim 1500,—. Dösch 1000,—. Glogau 500,—.
- Dresden 7190,74.

An Versicherungsbeiträgen gingen ein:

- Weslau — 55,—.
- Schlus: Freitag, den 6. Juni, mittags 12 Uhr.

F. Bruns, Kassierer.

Zustimmung zur Erhebung von Lokalbeiträgen

erzielten die Zahlstellen:

- Bamplan i. Schl. 15 Pf. pro Woche für männliche Mitglieder,
- 10 Pf. pro Woche für weibliche Mitglieder.
- Friedenwalde 20 Pf. pro Woche für männliche Mitglieder, 15 Pf. pro Woche für weibliche Mitglieder (vom 1. Juli 1919 an).
- Weserland. 10 Pf. pro Woche für männliche Mitglieder.

Neue Adressen und Adressenänderungen.

- Krasberg i. Weßl. A. Jung, Soester Chauffee 63.
- Bamau (Gau 15). Carl Hartmann, Gartenstraße 105.
- Braun i. Weßl. (Gau 14) (bisherige Zahlstelle Huppel). 1. Bev.: Heinz Siemes, Schillingen 22; 2. Bev.: Otto Ziegler, Huppel Nr. 13, bei Braun.
- Frankfurt a. M. D. Gelsch, und 1. Bev.: Hermann Birtenfeld, Große Oberstraße 51; 2. Bev.: Alex Lettenborn, Kleine Willmannstraße 15.
- Hagenau i. Weßl. G. Roggmann, Gartenstraße 19.
- Hammermühle. Heinz Rejewski, Hammermühle (Kreis Hammelsburg i. Provinz).
- Rebber. Wilhelm Ehn, Rebber-Rebber, Obere Jakobstr. 6.
- Neustadt a. Rennweg. Erster Bevollmächtigter: Carl Grimau. Zweiter Bevollmächtigter: Otto Boigt.
- Odenburg. Adolf Walter, Zandweier 126 bei Odenburg.
- Zöbinger (Gau 11). Gustav Seeger, Melandstraße 2.